

DIE WIRTSCHAFT DER TSCHECHOSLOWAKEI IM JAHRE 1968

Von Kurt Wessely

Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei stand im Jahre 1968 im Schatten der politischen Ereignisse. Wurde sie zu Beginn des Jahres durch die sogenannten Jännerereignisse — Sitzung des Zentralkomitees, die zum Sturz Novotnýs führte — in eine neue Richtung gelenkt, so brachte die sowjetische Besetzung des Landes am 21. 8. 1968 einen Rückschlag der Erneuerungsbewegung, ohne daß diese aber ganz abgebrochen wurde. Die Auswirkungen des 21. 8. 1968 auf die Wirtschaft sind aber in ihrer vollen Tragweite noch nicht abzusehen, nämlich weder in Bezug auf die materiellen Folgen, noch im Hinblick auf die künftig einzuschlagende Wirtschaftspolitik. Jedenfalls hat sich die Wirtschaftslage seit der Besetzung verschlechtert und bis zum Sturze Dubčeks nicht gebessert.

Im Jahre 1968 sollte sich das neue Wirtschaftssystem in der Tschechoslowakei voll auswirken. Es war von Anfang an klar, auch die Reformer der ČSSR hatten daran keinen Zweifel gelassen, daß die Altkommunisten und Funktionäre, die es im bisherigen System zu einflußreichen Stellungen gebracht hatten, die Neuordnung nicht ruhig hinnehmen würden. Ihrem Einfluß war es zuzuschreiben, daß der Übergang zu dem neuen System sich schwieriger erwies, als es schon aus objektiven Gründen nicht zu vermeiden war. Denn es wurde nicht nur die starre Planung aufgegeben und damit der Einfluß der Zentralbehörden geschwächt, sondern darüber hinaus eine Entschlußkraft von der Leitung der Betriebe gefordert, die nur von Fachleuten, nicht aber von politischen Funktionären erwartet werden konnte.

Diese Umstellungsschwierigkeiten wurden noch verstärkt, weil die Reform selbst nicht, wie beabsichtigt, geschlossen durchgeführt werden konnte und weil auf einigen Gebieten, vor allem in der Preispolitik, aber auch im Außenhandel, nicht rasch und konsequent genug die erforderlichen Maßnahmen vorgenommen werden konnten. So blieb die Preisreform stecken und die Zulassung zum Außenhandel, die eigentlich für eine größere Zahl von Betrieben vorgesehen war, wurde bloß auf einige wenige erstreckt und das Außenhandelsmonopol, das nach der Vorstellung der Reformer lediglich eine überwachende Funktion ausüben sollte, blieb im großen und ganzen von den Reformern unberührt. Ebenso wird von der Errichtung ausländischer Firmenvertretungen nicht mehr gesprochen. Das muß deswegen besonders hervorgehoben werden, weil dem Außenhandel im neuen System eine wesentliche Funktion zukommen sollte, nämlich einerseits die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern, andererseits monopolistischen Tendenzen inländi-

scher Produzenten entgegenzutreten und endlich die Wirtschaft auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig zu machen, was eine Befreiung der Außenwirtschaft vom staatlichen Zwang voraussetzt.

Es ist aber noch nicht gelungen, der tschechoslowakischen Industrie jene endgültigen Organisationsformen zu verschaffen, durch die sie schlagkräftig genug geworden wäre, um die neuen Aufgaben, vor die sie gestellt wurde, zu erfüllen. Die Loslösung von den sogenannten administrativen Methoden, also von der Leitung der Wirtschaft auf dem Verordnungswege, setzte sich nur ungenügend durch, weil noch immer von oben her Weisungen erfolgen und weil innerhalb der neu geschaffenen Großkonzerne die innerbetrieblichen Kompetenzen nicht genügend abgegrenzt sind, sodaß die so entstandenen neuen Generaldirektionen durch Anordnungen von oben her weiterhin die Geschäfte nicht immer in Einklang mit den Anforderungen der Praxis leiten können. Weitere Schwierigkeiten bringt die Föderalisierung und die dadurch ausgelöste Mehrgeleisigkeit auch in der Wirtschaftsleistung mit sich.

Die Erwartungen, durch das neue System zu einer raschen Umstrukturierung der Wirtschaft zu kommen und zu erreichen, daß die benötigten Waren genügend erzeugt werden, haben sich nicht erfüllt. Abgesehen davon, daß eine solche Veränderung der Produktionsprogramme eine längere Anlaufzeit benötigt und die technischen Einrichtungen der Industrie der CSSR derzeit noch gar nicht imstande wären, solchen Anforderungen Genüge zu leisten, stieg auch die Produktion insgesamt nicht erwartungsgemäß und es kam zu „Spannungen“, d. h. daß Überschüsse auf der einen Seite und eine nicht gedeckte Nachfrage nach anderen Waren und Leistungen sich gegenüberstehen. Dieser Zustand wurde noch dadurch verstärkt, daß die Investitionstätigkeit nicht so eingeschränkt werden konnte, wie man dies eigentlich erwartet hatte und weil die Kaufkraft der Bevölkerung rascher stieg als dies durch die Güterproduktion und durch die sonstige Leistung der Wirtschaft gerechtfertigt gewesen wäre. Es kam zu Lohnerhöhungen, die über das Maß des Produktionsfortschrittes hinausgingen und damit einen inflationären Charakter annahmen. Denn die Steigerung der Reallöhne war doppelt so hoch wie geplant.

Dieser Druck der steigenden Kaufkraft und zusätzlicher Umlaufmittel dürfte sich durch die August-Ereignisse noch verstärkt haben, weil erhebliche Produktionsausfälle zu verzeichnen waren, die Löhne aber fortgezahlt werden mußten. Dazu kommt, daß im Laufe des Jahres erheblich höhere soziale Leistungen fällig wurden und auch die Landwirtschaft höhere Erlöse erzielen konnte, so daß auch sie über mehr Bargeld verfügt.

Nach den amtlichen Angaben war im Jahre 1968 nur ein verhältnismäßig geringer Preisanstieg um knapp 2% zu verzeichnen, der sich im gleichen Ausmaß im kommenden Jahr fortsetzen sollte. Es ist aber anzunehmen, daß angesichts der Mangellage bei verschiedenen Erzeugnissen, der gestiegenen Kaufkraft und der weiteren Rentenerhöhungen um 8% im Jahre 1969 Preiserhöhungen unvermeidlich sein werden. War es noch möglich, den durch-

schnittlichen Reallohn im Jahre 1968 um etwa 7% zu steigern, so dürfte diese Erhöhung im Jahre 1969 nur halb so groß sein. Aber es muß dabei bemerkt werden, daß es sich hier nur um die amtlichen Zahlen handelt, da, wie schon bemerkt, unkontrollierte Preissteigerungen eintraten, die auch im Jahre 1969 zu erwarten sind. Auch werden durch die beginnende Lohndifferenzierung, auf welche die Reform besonderen Wert legt, unterschiedliche Verhältnisse bei den einzelnen Lohnempfängern eintreten. Dies gilt auch für die Familien mit mehreren Kindern und die Rentenempfänger, die von den Preiserhöhungen schwerer getroffen wurden als kinderlose Haushalte, obwohl die Zuwendungen gerade an sie erheblich gesteigert wurden.

Es hat sicherlich nicht nur einen ökonomischen, sondern auch einen politischen Grund, daß die Nachfrage durch die Konsumenten von der Geldseite her verstärkt wurde. Man hofft auf diese Art und Weise der Bevölkerung das neue Wirtschaftssystem als zweckmäßig und auch für sie selbst als vorteilhaft hinstellen zu können und verfolgt damit auch die Absicht, den neuen Kurs von Partei und Regierung innenpolitisch abzusichern.

Diese Bemühungen können aber nur dann Erfolg haben, wenn es gelingt, auch die materielle Basis für die Lohnerhöhungen zu schaffen, also im Sinne der Reformen die Wirtschaftlichkeit und die Produktivität zu steigern. Bisher hatte man sich nämlich bemüht, durch rigorose Kontrolle die Preise niedrig zu halten, aber auch die Löhne nicht zu erhöhen, wodurch es zwar zu niedrigen Lebenshaltungskosten kam, aber Mehrleistungen nicht honoriert werden konnten.

Das neue System will dagegen gerade zu diesen Mehrleistungen anspornen, die bereits mit dem Interesse an der Erwerbung höherer Bildung und Fachqualifikation beginnen, wozu eine differenzierte Lohnpolitik dient, während sich in den Preisen wenigstens einigermaßen die Produktionskosten widerspiegeln sollen. Es ist aber noch nicht gelungen, die Subventionen für die Produktion unrentabler Betriebe oder Erzeugnisse einzustellen, wodurch es bei der Belastung des Staatshaushaltes durch sie geblieben ist.

Über die allgemeine Entwicklung der Unternehmen und der Lohngestaltung liegen bisher nur abschließende Berichte für das erste Halbjahr 1968 vor; man kann sie nicht ohne weiteres für das ganze Jahr übernehmen, weil ja die August-Ereignisse eine merkliche Zensur gebracht haben. Trotzdem erscheint es zweckmäßig, sie kurz anzuführen, umsomehr, als später noch zu erwartende Gesamtberichte dann deutlich die Unterschiede zwischen den Ergebnissen des ersten Halbjahres und des ganzen Jahres 1968 erkennen lassen werden. So zeigt die Rede von Ministerpräsident O. Černík vor dem ZK am 12. 12. 1968 deutlich, daß sich die schon im ersten Halbjahr 1968 abzeichnende kritische Entwicklung der Wirtschaft bis Jahresschluß nicht verbessert hatte. (Vgl. dazu in der am Schluß folgenden Tabelle die bei Abfassung des Berichtes noch nicht vorliegenden endgültigen Angaben für das Jahr 1968 des Statistischen Bundesamtes.)

In diesem Halbjahresbericht heißt es u. a.: Die Steigerung des Einzelhandelsumsatzes in laufenden Preisen um ungefähr 11%, die durch die rasche

Zunahme der Kaufkraft der Bevölkerung um 10% ermöglicht wurde, stellt außerordentliche Ansprüche an die materielle Befriedigung der Nachfrage nach den verlangten Warengattungen. Das Niveau der Gesamtlieferungen an den Binnenmarkt lag zwar höher als im ersten Halbjahr 1967, dessen ungeachtet fehlen am Markt noch zahlreiche Warengattungen. Der Anstieg der Lieferungen und Verkäufe wird auch durch Erhöhung der durchschnittlichen Warenpreise im Einzelhandel, mitunter auch Einführung qualitativ höherer Erzeugnisse erzielt.

Die finanzielle Gebarung der Unternehmen war in der Berichtsperiode im allgemeinen günstig. Das geschaffene Brutto-Einkommen betrug im 1. Halbjahr 1968 rund 89 Mrd. Kčs und war damit um nahezu 10% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Bruttogewinn wuchs gegenüber der Vergleichsperiode 1967 um 5,5 Mrd. Kčs; am Gewinnzuwachs partizipierte zum größten Teil die Steigerung der Preise und zwar zu 65% (alles in laufenden Preisen), in geringerem Maß die Senkung der Material- und sonstigen Kosten (Bruttogewinn ganzes Jahr 1968 + 8,7%).

Die hohe Gewinnbildung brachte gleichzeitig einen Anstieg der eigenen Finanzquellen der Unternehmer mit sich. Die Gesamtzuweisungen an die Betriebsfonds aus den Ergebnissen der Wirtschaftsgebarung (einschl. des Fonds der Werktätigen) erreichten in der Berichtsperiode 13,5 Mrd. Kčs., d. i. um 2,7 Mrd. Kčs mehr als im ersten Halbjahr 1967.

In der Entwicklung der Lagervorräte begannen sich 1968 einige Verbesserungen zu zeigen, namentlich bei den Lieferantenvorräten. Auf vergleichbarer Basis erhöhten sich die Gesamtvorräte der Volkswirtschaft in der Berichtsperiode um 5,1 Mrd. Kčs, d. i. um 2,8%, während der Zuwachs in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres noch 6,2 Mrd. Kčs, d. s. 3,6% betragen hatte.

Am Anstieg der Geldeinnahmen der Bevölkerung um mehr als 8 Mrd. Kčs war vor allem das Wachstum der Lohneinnahmen maßgebend. Im sozialistischen Sektor der Volkswirtschaft (ohne Landwirtschaftsgenossenschaften) wurden im ersten Halbjahr 1968 an Löhnen um 8,8% mehr ausgezahlt als in der Vergleichsperiode des Vorjahres; von diesem Betrag entfielen 79% auf die Erhöhung der Durchschnittslöhne und nur 21% auf die Zunahme des Beschäftigungsgrades. Ministerpräsident Černík rechnet gegen Jahresfrist, daß die Lohnerhöhungen im ganzen Jahr 1968 10 Mrd. Kčs ausgemacht haben, die Gesamtmehreinkünfte der Bevölkerung aber 19 Mrd. Kčs. (Nach dem Abschlußbericht sogar 21,4 Mrd. Kčs, das war die größte Zunahme in der ganzen Nachkriegszeit.)

Der durchschnittliche Monatsnominallohn war im ersten Halbjahr 1968 um rund 110,— Kčs, d. i. um 7 Punkte höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und erreichte damit 1.685,— Kčs. Dieses beträchtliche Wachstum der Löhne bewirkten die Anfang 1968 ausgezahlten hohen Nachzahlungen auf die Anteile an den Wirtschaftsergebnissen des vergangenen Jahres sowie die Lohnregelungen in einigen Zweigen mit rückständigem Lohnniveau (Staatsgüter, Handel, Schulwesen, Gesundheitswesen).

Das größte Wachstum — um mehr als 1 Mrd. Kčs, d. i. fast um ein Fünftel — verzeichneten die Einkommen der Genossenschaftsbauern aus den Anteilen und Nachzahlungen für die Ergebnisse der Wirtschaftsgebarung der Landwirtschaftsgenossenschaften im Jahre 1967, ferner die Einnahmen aus Verkäufen landwirtschaftlicher Produkte. Die Geldausgaben der Bevölkerung wuchsen gegenüber dem ersten Halbjahr 1967 um rund 10,2% insbesondere eine Folge der gesteigerten Einkäufe im Einzelhandel, die um 5,5 Mrd. Kčs, d. i. um 10,5%, höher waren. Eine Zunahme erfuhren auch die Ausgaben der Bevölkerung für Dienstleistungen, und zwar um 0,6 Mrd. Kčs, d. i. um 5,7%. Einen hohen Anstieg verzeichneten schließlich auch die finanziellen Zahlungen der Bevölkerung, namentlich die Steuern, im Zusammenhang mit den erhöhten Einkommen und den Rückzahlungsraten für die der Bevölkerung gewährten Darlehen, doch kam es in der Steuerzahlung der Betriebe infolge der August-Ereignisse zu beträchtlichen Stockungen.

Das Gesamtniveau der Lebensmittelpreise im Einzelhandel war bei einem Rückgang der Obst- und Gemüsepreise (gegenüber dem ersten Halbjahr 1967 schätzungsweise um 2%) nur um 0,1% niedriger. In der Beköstigung in den öffentlichen Gaststätten, wo die freie Preisbildung überwiegt, werden indessen die Preise allmählich angehoben, namentlich die der alkoholischen Getränke. Insgesamt sind die Preise in den öffentlichen Gaststätten in der Berichtsperiode gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahres um 1,6%, hiervon die der Spirituosen um 8%, gestiegen.

Das Preisniveau der Industriewaren war im ersten Halbjahr 1968 um insgesamt 1,5% höher als im gleichen Zeitraum 1967.

Einen weiteren Preisanstieg verzeichneten die Dienstleistungen; ihr gesamtes Preisniveau erhöhte sich um 1,2%. Außer der Anhebung der Preise für Reparaturdienste, für persönliche Dienste, Maßkleider u. dergl. stiegen auch die Preise für kulturelle Veranstaltungen, namentlich die der Theater- und Kinoeintrittskarten. Eine beträchtliche Erhöhung erfuhren auch die Preise in den Unterkunftseinrichtungen des Fremdenverkehrs, und zwar um 9,5% gegenüber dem ersten Halbjahr 1967. Für das ganze Jahr 1968 wurde die Erhöhung der Kleinhandelspreise nun mit 1,9%, der Lebenshaltungskosten mit etwa 2% und der Reallöhne mit 7% angegeben.

Das Ansteigen der Produktivität um 4 bis 5% im gesamten Jahr 1968, das aber bei Berücksichtigung der Produktionsausfälle nach der Besetzung des Landes abschließend bei realer Berechnung auf nur 3,9% sank, war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß sich die Beschäftigtenzahl nur um 1% erhöhte. Aber auch das war wiederum hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß, übrigens programmgemäß, die Zahl der in den Bergbaubetrieben Beschäftigten zurückgeht. In anderen Wirtschaftszweigen kam es dagegen zu Neueinstellungen, und zwar in der Chemieindustrie und im Maschinenbau je um rund 3%. Andererseits kam es auch nicht zu der erwarteten Produktionszunahme in der Industrie, die ähnlich wie die im Jahre 1967 erreichte 6,7% betragen sollte, aber tatsächlich nur 5,2% erreichte. Dies war aber keineswegs allein die Folge der August-Ereignisse, denn be-

reits im ersten Halbjahr 1968 blieb die Industrieproduktion, wenn man von dem irregulären Februar absieht (Schaltjahr), stets unter dem erwarteten Produktionszuwachs. Sie stieg zwar im Juli 1968 noch um 6,8% über die Ergebnisse des gleichen Monats im Vorjahr, sank aber im August auf 95%. Weitere Rückschläge müssen sich aber auch in den folgenden Monaten wegen der anhaltenden Transportschwierigkeiten (Waggonmangel wegen Truppbewegungen) und der ungenügenden Kohlenversorgung ergeben haben.

Die Industrieproduktion stieg zwar rascher als in den Krisenjahren nach 1962, blieb aber hinter den 7% zurück, die bereits 1966 erzielt worden waren. Darin und in der Struktur dieser Produktionszunahme, bei der vor allem die Verbrauchsgüter der Industrie stark zurückfallen, liegt einer der Hauptgründe für die bereits mehrfach erwähnte unzureichende Versorgung.

Dieses Zurückbleiben hinter den erwarteten Zielen verstärkte sich in der Baustoffindustrie, wodurch es zu weiteren Schwierigkeiten kommen mußte. Da es nicht gelang, die Investitionstätigkeit entscheidend zu vermindern, vielmehr im ersten Halbjahr 1968 die Investitionen wertmäßig um rund 7% stiegen, mußte sich dies zu Lasten des Wohnbauprogramms auswirken.

Im ersten Halbjahr 1968 stieg zwar die Belieferung des Binnenmarktes um etwa 12%, aber sie erhöhte sich für das ganze Jahr nur um etwa 8%, was mit Nachfrage und Kaufkraft der Bevölkerung nicht in Einklang stand. Dabei spielte auch eine Rolle, daß die Einfuhr von Konsumgütern aus dem Ausland hinter den Erwartungen zurückblieb. Es wird daher auch im abschließenden Jahresüberblick bemerkt, daß einige „gefragte Warensorten“ nicht im notwendigen Sortiment vorhanden sind. Das gilt vor allem für Waren mit langer Lebensdauer, wie z. B. Möbel, Teppiche, Raumtextilien u. a. Ähnliche Mängel sind bei Textilwaren überhaupt und trotz erhöhter Lieferungen auch im Verkauf von Personenwagen aufgetreten.

Eine wesentliche Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung spielt die Gestaltung des Außenhandels, der sowohl zur Rohstoffversorgung als auch zur Kapazitätsausnützung der Betriebe, aber auch, wie bereits erwähnt, zur Bereicherung des Angebotes an Konsumgütern und Niedrighaltung der Preise in der ČSSR besonders wichtig ist. Allerdings hatte man es früher versäumt, die Betriebe so einzurichten, daß sie tatsächlich ihren Aufgaben im Außenhandel gewachsen waren, und, wenn überhaupt, hatte man dabei in erster Linie an den COMECON-Markt gedacht.

Die von den Reformern angestrebte Eingliederung der Tschechoslowakei in die Weltwirtschaft, wie sie vor 1938 bestand, stieß daher auf enorme Schwierigkeiten, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Unternehmer und überhaupt das Leitungspersonal für solche Zwecke fehlen und erst mühsam geschult werden müssen. Auch darf in diesem Zusammenhang bemerkt werden, daß die jahrzehntelange Vernachlässigung der Leichtindustrie (Konsumgüter-Industrie) nicht zuletzt auch durch die Ausweisung der Deutschen und durch die Stilllegung von Betrieben in ehemals von Sudetendeutschen besiedelten Gebieten verstärkt worden ist.

Die ganze Problematik wird aus einem Aufsatz in dem offiziellen Organ der tschechoslowakischen Außenhandelskammer deutlich, der zwar wohl vor den Augustereignissen geschrieben wurde, aber erst zwei Monate später veröffentlicht werden konnte und daher auch unter den geänderten Verhältnissen noch als maßgebend für die Außenhandelsorientierung der Tschechoslowakei gelten kann. Es heißt darin:

„Seit Jahren wurde die tschechoslowakische Ökonomik vor allem unter dem Gesichtspunkt der inneren Bedürfnisse des Landes aufgebaut. Nur ausnahmsweise wurden Betriebe errichtet, deren Produktionskapazität vorwiegend auf den Weltmarkt eingestellt war. Abgesehen von der Notwendigkeit des Imports von Lebensmitteln in großem Umfang macht sich in der Konsumgüter- und Lebensmittel- sowie in der modernen chemischen Industrie und in den progressiven Zweigen des Maschinenbaues eine gewisse Spannung der Außenhandelsbilanz bemerkbar. Diese Spannung wirkt sich auf die Einfuhr von Maschinen einschränkend aus und beeinträchtigt so auch die Einführung neuer technischer Verfahren und die Entwicklung der Spezialisierung und Kooperation, insoweit diese vom Import von Maschinen und Industrieausrüstung abhängen.

Als Ausweg aus diesem *Circulus vitiosus* kommt u. a. die Aufnahme einer Auslandsanleihe in Betracht, die vorwiegend zur Modernisierung der tschechoslowakischen Industrie und zur Durchführung zweckmäßiger struktureller Änderungen in jenen Industriezweigen verwendet werden muß, deren Produkte voraussichtlich einen günstigen Absatz auf dem Weltmarkt finden. Auf diese Weise würde die Erzeugung exportfähiger Waren zu Welthandelspreisen gesteigert und erweitert und gleichzeitig auch ein wichtiger Schritt zur Konvertibilität der tschechoslowakischen Währung und zur Gewinnung neuer Märkte für die tschechoslowakische Industrie getan werden.

Unter den Bedingungen des neuen Systems der Leitung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft, in dem die Betriebe einem größeren Druck der Weltkonkurrenz ausgesetzt sind und sich auch direkt an der Durchführung des Außenhandels werden beteiligen können, wird es notwendig sein, daß jeder Industriezweig in konkreter Weise eine Konzeption zur Erzielung von Weltparametern für die Produkte aller existenzfähigen Sparten ausarbeitet.“

Die Forderung nach einem Auslandskredit zur Umstrukturierung der Wirtschaft wird daher auch heute noch im Prinzip aufrechterhalten, Verhandlungen über seine Gewährung durch westliche Banken scheinen nach den August-Ereignissen nicht mehr aufgenommen worden zu sein, da letztere nicht zuletzt auch durch Bemühungen der ČSSR um westliche Kredite mit ausgelöst wurden. Wie weit die UdSSR der Tschechoslowakei nach der Bestellung von Husák nun einen derartigen Kredit einräumen wird, ist mehr als fraglich, weil ja dadurch die außenhandelspolitische Freiheit der ČSSR wieder gestärkt würde, die eben durch die Abkommen von Cierna und Preßburg sowie durch die Besetzung des Landes eingeengt worden ist. Man weiß aber, daß an sich ein solcher sowjetischer Kredit nichts prinzipiell Neues wäre, da die Sowjetunion nach Ausfall der chinesischen Rohstoff-

lieferungen, der durch die sowjetische Politik erzwungen worden war, der ČSSR 1962 einen Devisenkredit eingeräumt hatte.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist für die ČSSR jedenfalls die Gestaltung und die Regionalgliederung ihres Außenhandels, wobei nicht so sehr die Frage der Partner als solche, sondern die Art der Verrechnung maßgebend ist. Denn das hohe Handelsaktivum, das die ČSSR im Jahre 1967 verzeichnen konnte, nämlich 1,3 Mrd. Devisenkronen, ist keineswegs volkswirtschaftlich erwünscht, da es sich hierbei um ausstehende und schwer realisierbare Forderungen an Entwicklungsländer (0,4 Mrd. Kčs) oder Aktiva von nahezu 0,9 Mrd. Kčs handelt, die im Verrechnungsverkehr mit den sozialistischen Staaten anfielen. Diese Verrechnungsforderungen können aber, da der Rubel trotz seiner Bezeichnung als Transferrubel nur ganz beschränkt für einen Spitzenausgleich Verwendung findet, praktisch nicht verwertet werden, sondern sind mehr oder minder eingefroren und müssen durch Mehrlieferungen der Oststaaten oder durch eine Zurückhaltung im Import der ČSSR abgebaut werden.

Dies ist aber auch im Jahre 1968 keineswegs gelungen, weil das ganze Aktivum in einem halben Jahr bereits 1 Mrd. Kčs erreichte, davon gegenüber den sozialistischen Staaten 0,6 Mrd. und gegenüber den Entwicklungsländern 356 Mill. Man betrachtet es aber bereits als positiv, daß gegenüber der Sowjetunion im ersten Halbjahr 1968 ein Passivum von — 77 Mill. Kčs aufgetreten ist, nachdem die Forderungen (Aktivum) der ČSSR 1967 der Sowjetunion gegenüber ebenso hoch waren. Lediglich 1966 spielten sie mit 64 Mill. nur eine geringere Rolle, aber in den Jahren 1961/65 war ein kumulatives Aktivum der ČSSR von 1,4 Mrd. Kčs entstanden. Es ist nicht abzusehen, wie dieses Aktivum abgedeckt werden soll, zumal die Tschechoslowakei der Sowjetunion einen neuen Warenkredit für die Lieferung von Erdölrohren einräumen mußte, der nur langfristig durch Erdgasbezüge abgegolten werden wird. Im Zuge der Augustereignisse 1968 kam es zu einer geradezu dramatischen Veränderung gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, indem der Handel mit den RGW-Staaten im August allein ein Passivum von 311 Mill. Kčs aufwies, so daß, im Gegensatz zum hohen Aktivum des Jahres 1967, mit diesen Staaten in den ersten 10 Monaten bereits ein Passivum von rund 300 Mill. Kčs eintrat, womit jedoch die alten Aktiva der ČSSR noch bei weitem nicht realisiert werden konnten. Typisch für die Wirtschaftslage im August ist die Verminderung des Monatsaktivums gegenüber den Entwicklungsländern von 14 Mill. Kčs, das jedoch im folgenden Monat auf 268 Mill. Kčs emporschnellte. Auch im Verkehr mit der EWG trat in diesem Monat ein Rückschlag ein, von dem sich die ČSSR offensichtlich bis Jahresende nicht mehr erholen konnte.

Diese Aktiva im Außenhandel werden verstärkt durch die langfristigen Kredite an die Entwicklungsländer, wozu aber auch Einzelkredite kommen, die bei Lieferungen von Maschinen und anderen Investitionsgütern an andere Staaten entstehen.

Das Problem des Handelsbilanzüberschusses kann allerdings mangels An-

gaben über die Entwicklung der Zahlungsbilanz nicht abschließend geklärt werden, weil die Angaben im Außenhandel sich nicht auf Grenzpreise, sondern franko Lieferland verstehen, sodaß die Transportkosten noch hinzukommen. Eine Umstellung in der Transportkostenberechnung könnte auch der Grund sein, warum das Aktivum gegenüber der Sowjetunion ab 1966 so auffällig zurückgegangen ist.

Bemerkenswert ist auch die unterschiedliche Gestaltung des Außenhandels mit EFTA und EWG. Während nämlich der Außenhandel der ČSSR mit der EFTA in den zurückliegenden Jahren und auch im ersten Halbjahr 1968 stets passiv war, die ČSSR also weniger Waren dorthin ausführen konnte, als sie selbst bezog, trat in den letzten Jahren, abgesehen vom Jahre 1966, ein Aktivum im Handel mit der EWG auf. Dieses belief sich 1967 auf 100 Mill. K, war aber im ersten Halbjahr 1968 mit 135 Mill. bereits größer als im ganzen vorausgehenden Jahr. Dieses Aktivum ist weitgehend durch den Handel mit der Bundesrepublik verbunden, der im Jahre 1967 ein Aktivum von 220 Mill. und im ersten Halbjahr 1968 von 144 Mill. ergab (Export der ČSSR plus 30%, Import aus der Bundesrepublik 17%). Im Handel mit den übrigen EWG-Partnern zeigte sich 1968 indes eine größere Ausgeglichenheit und ein geringeres Aktivum der ČSSR, mit Holland sogar ein Defizit.

Trotz der August-Ereignisse hat sich die Handelsbilanz gegenüber den nichtsozialistischen Staaten im Jahre 1968 verbessert, aber es wird darüber geklagt, daß sich durch die erforderlichen langfristigen Kredite die Zahlungsverhältnisse für die ČSSR eher noch verschlechtert haben. Die Lage blieb aber gespannt, es entstanden in den einzelnen Monaten starke Exportschwankungen und die Augustereignisse haben sich ungünstig ausgewirkt.

Auch wird darauf hingewiesen, daß die Einfuhr aus den westlichen Staaten, entgegen den Grundsätzen des neuen Reformmodells, soweit es sich um Konsumgüter handelt, gedrosselt wird, was wieder zu einer unerwünschten Minderversorgung des Marktes und zu Preisauftriebstendenzen führt.

Die weitere Entwicklung des Handels mit den westlichen Staaten, für den anläßlich der ZK-Sitzung im Dezember 1968 manche maßgebenden Sprecher wohl gegen die sowjetischen Auffassungen aufgetreten sind, ist heute ebenso wenig vorauszusagen, wie überhaupt die Gestaltung der Wirtschaftspolitik der ČSSR. Sicher ist jedenfalls, daß aufgrund des am 20.11.1968 in Moskau unterschriebenen Protokolls über den Warenaustausch zwischen der UdSSR und der ČSSR eine Umsatzsteigerung im Jahre 1969 um rund 10% und damit ein Umsatz von 2 Mrd. Rubel (2,2 Mrd. \$) erwartet werden kann. Auch die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit soll sowohl in der Forschung, als auch durch den Austausch von Fachleuten verstärkt werden. Es ist daher anzunehmen, daß der Anteil der sozialistischen Staaten am Außenhandel der ČSSR, der im ersten Quartal 1968 71% betrug (Anteil der Sowjetunion an der Ausfuhr in die sozialistischen Staaten 46%, an der Einfuhr aus ihnen 49%), eher noch wachsen wird.

Wirtschaftliche Ergebnisse der ČSSR 1968

	1967 in % von 1966	1968 in % von 1967 (geschätzt)
Volkseinkommen	108	106,8
Industrieproduktion	106,7	105,2
Lieferungen der Industrie für den Innenmarkt	104,9	109,0
Bauarbeiten	110	106,2
Landwirtschaftliche Produktion	103,5	103,5
Ansteigen der Beschäftigung (Industrie)	101,4	101,3
Persönlicher Verbrauch	104	109
Durchschnittlicher Normallohn (Industrie)	105,5	106,4
Durchschnittlicher Reallohn	104	107,0
Arbeitsproduktivität der Industrie	106	103,9
Arbeitsproduktivität im Bauwesen	106,8	104,3
Kleinhandelsumsatz	106,5	114
Investitionen	103,8	108,6
Außenhandelsumsatz	101,4	106,4
Geldeinkünfte der Bevölkerung		111,7
Lebenshaltungskosten		101,9

Quelle: Bericht des Statistischen Bundesamtes, Hospodářské noviny, 7. 2. 1969, Nr. 6, Beilage; Mitteilungen des Direktors dieses Instituts, J. Kazimour, Rudé právo, 29. 3. 1969, Nr. 75, S. 1 u. 2.

Außenhandelsbilanz der ČSSR in Mill. Kčs

	1967	1968 I—X
Insgesamt	plus 1.326	pl. 1.058
davon Sozialistische Staaten	plus 878	pl. 93
davon UdSSR	plus 85	— 211
Westliche Staaten	plus 448	pl. 965
davon EWG	plus 100	pl. 135
EFTA	— 117	— 135
Entwicklungsländer	plus 429	pl. 801

Quelle: Statistické přehledy 1968, 12 — Eigenberechnung.

Industrieproduktion der ČSSR, 1. Halbjahr 1968

	1. Halbjahr 1968 in % des 1. Halbjahres 1967
Industrie insgesamt	105,5
Energiewirtschaft	110,3
Brennstoffe	105,9
Metallurgie	105
Maschinenbau	106,5
Chemie	107,2
Verbrauchsgüterindustrie	102,5
Lebensmittelindustrie	104,1

Monatliche Zuwachsraten in %

Monat	Industrieproduktion		Produktivität	
	1967	1968	1967	1968
I.	8,5	5,2	6,4	4,6
II.	4,5	10,5	2,8	9,4
III.	3,2	3,9	1,6	2,8
IV.	5,4	5,5	3,7	4,7
V.	5,6	5,4	4,3	4,1
VI.	5,9	3,0	4,5	1,7
VII.	5,0	8,1	4,0	6,8
VIII.	8,4	— 4,1	7,4	— 5,0
IX.	5,5	7,4	4,7	6,4
X.	12,4	5,0	11,9	3,8
Ø I—12	6,7	5,4	5,8	4,5

Quelle: Statistické přehledy 1968, 12 — Eigenberechnung. Monatsangaben November und Dezember 1968 noch nicht verfügbar.